

Koalition für eine neue Politik

Vereinbarung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und OBG in der Stadtverordnetenversammlung von Oberursel (Taunus) über die Zusammenarbeit in der Wahlperiode 2011 bis 2016

Nach intensiven Gesprächen mit den in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen, haben sich SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und OBG entschieden, eine Koalition für eine neue Politik in Oberursel einzugehen.

Wir stimmen in vielen Sachfragen überein und sind überzeugt, dass wir trotz teilweiser unterschiedlicher Ausgangspositionen gemeinsam das Beste für unsere Stadt erreichen werden.

Oberursel ist eine Stadt, in der es sich gut leben, wohnen und arbeiten lässt. Die Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und OBG will auf diesen Grundlagen aufbauen und die Stadt im Sinne des städtischen Leitbilds LEBEN – QUALITÄT – ZUKUNFT weiter entwickeln. Grundlage für unsere gemeinsame Politik sind dieses Leitbild sowie die Programme der beteiligten Partner.

Dazu vereinbaren die drei Koalitionsfraktionen die folgenden Leitlinien unserer Politik, die Grundlagen für die Schwerpunktsetzungen und für die Einzelmaßnahmen in den verschiedenen Themenfeldern sind.

Die guten Voraussetzungen für attraktives Leben, Wohnen und Arbeiten in Oberursel sollen durch eine behutsame bauliche Entwicklung erhalten und ausgebaut werden. Auf dieser Grundlage wollen wir den demografischen Wandel durch eine positive Bevölkerungsentwicklung selbst aktiv gestalten. Städtebauliche Qualität und öffentliches Interesse gehen vor Quantität, Ausnutzungsdichte und Investoreninteressen.

Der Schwerpunkt des Wachstums liegt angesichts begrenzter Flächen und zunehmender Nutzungskonflikte auf Nachhaltigkeit und dem sparsamen Flächenverbrauch. Innenwachstum geht vor Außenwachstum. Eine Zersiedelung an den Stadträndern ist zu vermeiden.

Zentrale Anliegen der Koalition sind:

- Planmäßige Entwicklung der Stadt aus den Grundsätzen des Leitbilds heraus. Grundlage jeder Entwicklung sind die umfassende Information und Beteiligung der Öffentlichkeit im Vorfeld.
- Weiterentwicklung der attraktiven sozialen Infrastruktur. Durch zielgerichtete Investitionen in die Kinderbetreuung und Schulen, in Kultur-, Sport und Freizeit sollen attraktive Angebote für Familien ausgebaut werden.
- Die Stärkung der Innenstadt. Durch die Ansiedlung interessanter Geschäfte wollen wir eine Attraktivitätsverbesserung und Belebung herbeiführen.
- Eine ausgewogene Bevölkerungsentwicklung. Es muss in Oberursel ausreichend Wohnungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen und gesellschaftliche Zielgruppen mit besonderen Anforderungen geben.
- Eine zielgerichtete Gewerbeansiedlung. Durch neue Firmen und Arbeitsplätze primär im Bereich Drei Hasen und in der Innenstadt soll die wirtschaftliche und finanzielle Basis der Stadt verbessert werden.
- Schutz von Natur und Umwelt. Oberursel soll sich als Stadt im Grünen weiterentwickeln. Die Stadt wirbt für ein verstärktes Umweltbewusstsein und fördert den nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen.
- Einleiten der notwendigen Energiewende und aktives Engagement im Bereich Klimaschutz.

- Identitätsbildung. Durch Erhalt und Pflege der Altstadt, der gewachsenen Ortskerne und Wohngebiete sollen die charakteristischen Quartiere der Stadt bewahrt werden.

Wir laden alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte der Stadt zu einer konstruktiven Zusammenarbeit ein. Anträge und Anregungen der Fraktionen und Stadtverordneten, die nicht der Koalition angehören, werden gewissenhaft geprüft.

Zur Durchsetzung der gemeinsamen Ziele vereinbaren die drei Vertragspartner, in der Stadtverordnetenversammlung und den Ausschüssen in der Regel gemeinsam abzustimmen. Neue Stadtentwicklungsprojekte sind nur im Konsens der Koalitionspartner möglich.

In den nachfolgenden Kapiteln werden die gemeinsamen Ziele der Koalition festgelegt.

Themenbereich Stadtentwicklung

Exemplarisch für unsere Ziele in der Stadtentwicklung sind die folgenden Leitprojekte:

Leitprojekt: Integrierter Stadtentwicklungsplan

Ausgehend vom Leitbild der Stadt und den Leitlinien für eine zukünftige Entwicklung soll mit breiter öffentlicher Beteiligung ein integrierter Stadtentwicklungsplan erarbeitet werden, der die Grundlage für die einzelnen Quartierspläne und die Investitionsschwerpunkte der Stadt bildet.

Dieser Plan wird im Zwei-Jahres-Rhythmus überprüft und an die sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst.

Leitprojekt: Schwimmbadneubau (Hallen- und Freibad, einschl. Sauna)

Ziel ist die zeitnahe Realisierung des Frei- und Hallenbades.

In einem Workshop sollen die Grundlagen der vorhandenen Planung überprüft werden:

- Ist ein Alternativbau sinnvoll?
- Wie kann die Kostenkontrolle mit Stadtwerken und beteiligten Planungsbüros optimiert werden?
- Welche Einsparmöglichkeiten gibt es?

Es besteht Einvernehmen, dass die Schwimmbadfinanzierung weitgehend aus Eigenkapital erfolgen sollte. Eine Fremdkapitalfinanzierung von bis zu 20% der Gesamtsumme ist vorstellbar.

Auf die Vermarktung des Altkönigsportplatzes wird verzichtet. Der Altkönigsportplatz soll nach dem Hessentag erhalten bzw. wiederhergestellt werden. Die vorhandene Infrastruktur (Dusche/Toilette) soll instandgesetzt werden.

Die Finanzierung des Schwimmbadbaus soll erfolgen über:

- Zuschuss des Landes Hessen (ca. 1,1 Mio. € netto),
- Bebauung des aktuellen Parkplatzes (ca. 5 Mio. € netto),
- Einsparungen aus anderen Projekten (Bärenkreuzung 0,5 Mio. €, Seedammweg 0,9 Mio. € und Verzicht auf den Bau eines neuen Sportplatzes 1 Mio. € = 2,4 Mio. €),
- Verkauf alternativer Flächen statt des Altkönigsportplatzes (max. ca. 6,5 Mio. €).

Leitprojekt: Neugestaltung des Bahnhofsbereichs

Das Verkehrskonzept für das Bahnhofsbereich und das gesamte innerstädtische Umfeld soll die Grundlage für einen neuen Bebauungsplan für das Gebiet rund um den Bahnhof sein. Die Entwicklung des Bahnhofsbereichs gibt der Innenstadt wesentliche Impulse.

Die Sanierung des Bahnhofsbereichs, der Bau eines Ärztehauses und die Ansiedlung eines Boarding-Hauses durch die SEWO werden unterstützt.

Ziel der verkehrlichen Entwicklung ist die Anbindung der Nassauer Straße an die Weingärtenumgehung.

In diesem Zusammenhang soll geprüft werden:

- ob die Personenunterführung West notwendig ist,
- ob die Schaffung einer Durchgangsstraße parallel zur Nassauer Straße sinnvoll ist,

- welche Maßnahmen der Verkehrsberuhigung bzw. Lärminderung ergriffen werden können.

Die Entwicklungsflächen am Bahnhof von Stadt, Raab Karcher und VGF sollen in einem integrierten Konzept durch die SEWO beplant werden.

Leitprojekt: Neuentwicklung des Rathausareals

Ziel ist die Ansiedlung von zwei oder drei Läden mit besonderer Anziehungskraft zur Verbesserung der Angebotssituation in der Innenstadt, verbunden mit der Realisierung zusätzlicher Verkaufsflächen sowie komplementärer Nutzungen auf dem Rathausareal einschließlich Stadthalle.

Nach gründlicher Analyse ist zu entscheiden, ob das bestehende Rathaus abgerissen werden soll oder nach energetischer Sanierung weiter genutzt werden kann.

Wohnungspolitische Grundsätze

Oberursel soll sich als attraktive Wohnstadt weiterentwickeln, für unterschiedliche Geldbeutel, Wohnformen und Bedarfe.

Leitlinien

- Fokus auf innerstädtischen Verdichtungspotentialen, auf Nachhaltigkeit und sparsamen Flächenverbrauch.
- Guter Mix unterschiedlicher Wohnformen: Einfamilienhäuser, Doppel- und Reihenhäuser, Geschosswohnungsbau.
- Angebote für spezielle Zielgruppen: Familien mit Kindern, Alleinstehende, wirtschaftlich Schwache, Finanzkräftige, Senioren.
- Unterstützung besonderer Wohnformen: Mietwohnungen, wenn möglich mit sozialer Komponente, Eigentumsbildung auf Erbpachtbasis, ökologisches Wohnen, Mehrgenerationenwohnen.
- Schaffung zusätzlicher Wohnflächen nur bei vorheriger Sicherung der notwendigen Infrastruktur, besonders durch Bereitstellung von Kindergartenplätzen und verkehrliche Erschließung.

Maßnahmen

- Die vorgesehene Bebauung des Borngrunds wird akzeptiert, aber nicht die verkehrliche Öffnung und Erschließung über den Seedammweg.
- Der Geschosswohnungsbau entlang der Hohemarkstraße im Bereich Jandorfs Fabrik, Schneider-Gelände, Scheele-Gelände wird positiv gesehen. Im rückwärtigen Bereich soll die Verdichtung reduziert werden durch Stadtvillen, Doppelhäuser und ähnliche Bauweisen.
- Die Umsetzung der geplanten Bebauung im Bereich Kronberger Straße wird akzeptiert. Darüber hinaus soll es keine weiteren Bauungsflächen in der Atzelhöhle geben.
- Im Bereich Siedlungslehrhof wird geprüft, ob hier ein Modell für die Eigentumsbildung junger Familien auf Erbpachtbasis realisiert werden kann.
- Die Bebauung von Bommersheim-Süd wird als mittel- bzw. langfristige Perspektive gesehen. Mit diesem Ziel ist die aktive Flächenbevorratung fortzusetzen.

Gewerbepolitische Grundsätze

Oberursel ist ein interessanter Wirtschaftsstandort. Allerdings gibt es hier noch erhebliche, bisher ungenutzte Potentiale, zum Beispiel beim Angebot an Gewerbeflächen.

Leitlinien

- Unser Ziel ist die Stärkung der wirtschaftlichen und finanziellen Basis der Stadt als zentrale Voraussetzung für eine qualitätsvolle Stadtentwicklung. Grundlage dafür sind Erhalt und Ausbau des Gewerbeflächenangebots.
- Die Gewerbegebiete sind so zu entwickeln, dass sie eine sinnvolle innere Struktur nach Größen, Branchen und Infrastruktur aufweisen und dabei Kriterien der Nachhaltigkeit und der städtebaulichen Qualität erfüllen. Insbesondere an den Ortseingängen ist auf die städtebauliche Qualität zu achten.
- Beim Abverkauf der Flächen geht Qualität vor schnellen Verkaufserfolgen. Die Branchen müssen zueinander passen. Die Qualität der Firmen muss stimmen.
- Die Nutzung der vorhandenen Gewerbeflächen ist zu optimieren. Vorhandene Firmen sind bei der Weiterentwicklung zu unterstützen.
- Erforderlich ist ein aktives Flächenmanagement und auch -recycling von gewerblichen Brachen und freistehenden Hallen.

Maßnahmen

- Entwicklung und koordinierte Vermarktung des Gebiets „An den drei Hasen“ an erster Stelle,
- Förderung von Gewerbeansiedlung auf innerstädtischen Flächen,
- Realisierung des Bebauungsplans Mazda-Gebiet/Bahnhof Weißkirchen-Steinbach,
- Förderung des Strukturwandels im Gewerbegebiet-Süd,
- Mittelfristige Perspektive: Riedwiese + Bommersheim-Süd entlang der Frankfurter Landstraße,
- Realisierung des Hotel- und Kongresszentrums Villa Gans.

Politische Grundsätze für die Innenstadtentwicklung

Die Innenstadt befindet sich in kritischer Situation. Mit kleinen Korrekturen lässt sich nicht viel bewegen. Deshalb sind investive Anstrengungen erforderlich, um eine nachhaltige Verbesserung der Attraktivität und Belebung der Innenstadt herbeizuführen.

Leitlinien

- Durch zusätzliche Einkaufsflächen hoher Marktattraktivität soll die Kaufkraftbindung verbessert und die zentrale Rolle der Innenstadt gestärkt werden.
- Komplementäre Angebote wie Schulen und Bildung, Gastronomie, Hotellerie, Kultur, Sport, Freizeit, Ärzte etc. sind in der Innenstadt so anzusiedeln, dass sie deren Zentralität unterstreichen. Ebenso ist dafür Sorge zu tragen, dass Firmen in der Innenstadt angesiedelt werden und so innenstadtnahe Arbeitsplätze entstehen.
- Die verkehrlichen Bedingungen – neben den Wegebeziehungen insbesondere auch deren Barrierefreiheit und die Parkraumbewirtschaftung – sind zu überprüfen.

- Neben den baulichen Aktivitäten ist eine laufende operative Steuerung der geschäftlichen Aktivitäten durch aktives Flächenmanagement, Stadtmarketing-, Tourismus- und Citymanagement erforderlich.

Maßnahmen

- Im Dialog mit den Eigentümern soll für das ehemalige Kaufhaus der Mitte sowie den Bereich Kumeliusstraße/Untere Hainstraße/Holzweg eine attraktive Neuentwicklung initiiert werden.
- Die Bärenkreuzung soll ansehnlich hergerichtet werden. Eine grundlegende Neugestaltung mit aufwändigen Umbauten soll erst nach Festlegung des Verkehrskonzepts für die Innenstadt erfolgen.
- Die Leitprojekte für den Bahnhofsbereich und das Rathausareal werden wesentliche Impulse für die Innenstadtentwicklung geben.

Verkehrspolitische Grundsätze

Oberursel zeichnet sich durch seine zentrale Lage im Rhein-Main-Gebiet aus. Die überörtliche Verkehrsanbindung an Fernstraßen, Bahnverkehr und den öffentlichen Nahverkehr ist gut geregelt.

Leitlinien

- Wir wollen, dass in Oberursel als „Stadt der kurzen Wege“ für alle Verkehrsteilnehmer auch die innerörtlichen Verbindungen verbessert und Verkehrsbedingungen optimiert werden.
- Wichtig sind attraktive Verbindungen mit Bus und Bahn, zu Fuß, mit dem Fahrrad und auch mit dem Auto. Von besonderer Bedeutung ist ein attraktives Angebot im öffentlichen Nahverkehr.
- Wir gehen von der Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer aus. Besondere Anforderungen und Schutzbedürfnis haben die schwächeren Verkehrsteilnehmer.

Maßnahmen

- Verkehrs(minderungs)konzepte für Innenstadt und Stadtteile: Dies sind unter anderem ein Verkehrskonzept für die Innenstadt (Bereich zwischen Homm-Kreisel und Bahnhof) unter Prüfung alternativer Verkehrsführungen und ein neues Verkehrskonzept für Stierstadt mit dem Ziel der Reduzierung des Verkehrsdrucks im Ortskern durch Lösungen im Süden.
- Schrittweise Sanierung und wenn notwendig auch Neugestaltung aller wichtigen Straßen und Radwege
- Konsequente Umsetzung des Radverkehrskonzeptes. Hierzu soll zeitnah ein Maßnahmenplan erstellt werden. Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt, an öffentlichen Einrichtungen und an Bike & Ride-Stationen sollen ausgebaut werden. Der Epinay-Platz wird zeitnah für den Radverkehr geöffnet.
- Prüfung eines Shared-Space-Konzepts als Modellprojekt,
- Tempolimits: Zur Lärminderung und Abgasvermeidung werden Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Umgehungsstraßen angestrebt, zudem werden, wenn erforderlich, ergänzende Lärmschutzmaßnahmen vorgenommen.
- Prüfung verstärkter Ausweisung innerstädtischer Tempo-30-Zonen.

- Optimierung des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs, insbesondere im Busverkehr, durch Vernetzung des bestehenden Angebotes, bessere Umsteigmöglichkeiten und Optimierung der Buslinienführung.
- Fußgänger: Barrierefreiheit und ausreichend breite Gehwege als Standard-Maßnahmenprogramm zur Feststellung und Beseitigung existenter Mängel.
- Verkehrsplanung: Die Umsetzung der Regionaltangente West wird unterstützt.
- Entwicklung eines neuen Parkraumkonzeptes für die Stadt. Hierfür sollen die Stellplatzsatzung überarbeitet und ein Bewohnerparken geprüft werden. Ziel ist die Bereitstellung ausreichender Stellplätze. Es sollen auch intelligente Lösungen gefunden werden, so dass notwendige Investitionen im innerstädtischen Bereich nicht durch Stellplatzanforderungen blockiert werden.
- SPD und OBG wollen die regionale Südumfahrung voranbringen und hierfür politische Mehrheiten suchen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind von dem Projekt nicht überzeugt, werden aber neue Fakten in Bezug auf Verkehrswert und Eingriff in Natur und Landschaft überprüfen.

Themenbereich Umwelt- und Naturschutz

Oberursel versteht sich traditionell als das „grüne Tor zum Taunus“. Oberursel legt Wert auf eine intakte Landschaft und auf saubere Luft, denkt ökologisch, pflegt und erhält die bestehende Natur und Kulturlandschaft nachhaltig und leistet einen eigenen Beitrag zum Erhalt der natürlichen Vielfalt. Hohe Bedeutung haben der sparsame Umgang mit Wasser, Energie und anderen Ressourcen.

Leitlinien

- Die Stadt wirbt für ein verstärktes Umweltbewusstsein und fördert den nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen.
- Oberursel will die vorhandene intakte Landschaft erhalten und wertvolle natürliche Lebensräume schützen. Die vorhandenen Biotopstrukturen sind hierzu auszubauen und zu vernetzen.
- Im Innenstadtbereich sind Grünflächen zu pflegen und zu erweitern. Ökologisches Bauen mit innovativen Technologien ist zu fördern.
- Ökonomische Potenziale im Bereich Ökologie, insbesondere Energie und Landwirtschaft, sind zu erkennen und zukunftsorientiert zu nutzen. Dem Ausgleich dabei widerstrebender Interessen zwischen dem Naturschutz und anderweitiger Nutzung der Freiflächen widmet die Stadt besondere Anstrengungen.
- Der hohe Freizeit- und Naherholungswert, der sich aus der Lage in der Taunuslandschaft und den Kultur- und Vereinsangeboten ergibt, soll weiter ausgebaut, qualitativ verbessert und nach innen und außen bekannter gemacht werden.

Maßnahmen

- Wie durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie vorgegeben, wird bis 2015 der gute ökologische Zustand aller Oberurseler Fließgewässer angestrebt. Hohe Priorität haben zudem der Schutz des Grundwassers und die Sicherung der Trinkwasserqualität.
- Feuchtgebiete, Streuobstwiesen, Kleingärten, Naherholungsgebiete und andere Biotope mit hohem ökologischem Stellenwert werden erhalten. Als fachliche Grundlage wird ein Landschaftspflegekonzept erstellt, das existierende Biotope benennt und fachlich fundierte Vorschläge zu ihrer Pflege und Vernetzung aber auch zur Neuanlage hochwertiger ökologischer Strukturen trifft.
- Landschaftspflegekonzept und Kompensationsflächen-Pool werden aufeinander abgestimmt, das heißt es werden die Flächen für Ausgleichsmaßnahmen bevorratet, die sich fachlich aus dem Landschaftspflegekonzept ergeben. Grundsätzlich hat der Ausgleich in der Gemarkung Vorrang gegenüber dem externen Ausgleich über das Ökokonto, solange dabei der Erhalt wertvollen Ackerbodens sichergestellt bleibt. In einem Workshop soll daher zeitnah ein Abgleich zwischen den Interessen von Naturschutz und Landwirtschaft erreicht werden.
- Bei künftigen Bebauungsplänen ist sicherzustellen, dass beschlossene Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden. Bei den noch ausstehenden Ausgleichsmaßnahmen sollte die Realisierung soweit möglich mit einem zeitlichen Zielhorizont von drei Jahren nachgeholt werden. Hierzu wird zeitnah ein Prüfbericht erstellt.
- Der Oberurseler Stadtwald wird naturnah bewirtschaftet. Eine entsprechende Zertifizierung wird geprüft. Für Pflege und Erhalt des Stadtwaldes sind die durch Naturschutz und Erholungsnutzung gestellten Anforderungen maßgeblich. Diesen Anforderungen wird die Nutzung als Wirtschaftswald und mit noch geringer Priorität die Jagd untergeordnet.

- Realisierung ökologischer Stadtpark Maasgrund; als Richtschnur dient der entsprechende Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom März 2011.
- Aktiver Artenschutz in Oberursel unter anderem durch Artenhilfsmaßnahmen (zum Beispiel Bereitstellung von Nisthilfen) und die Schaffung eines Biotopverbundsystems mit einer flächendeckenden Vernetzung der Grün- und Freiflächen.
- Bodenversiegelung muss auf das Unvermeidbare beschränkt werden.
- Feld und Wald sollen insbesondere auch der Naherholung der Bürger dienen, unter Abgleich mit Interessen des Naturschutzes und der Landwirtschaft.
- Im Rahmen von Regionalpark und Naturpark Hochtaunus sollen die nahtouristischen Angebote stärker entwickelt werden.

Themenbereich Energie

Die Stadt Oberursel ist sich ihrer Klimaschutzpolitischen Verantwortung bewusst und handelt danach. Mit dem Beitritt zum „Klimabündnis“ im Jahr 1997 hat sich Oberursel zu einer aktiven Reduzierung von Treibhausgasen verpflichtet; diese Verpflichtung gilt es einzuhalten. Um dies voranzubringen, ist Oberursel dem Projekt „100 Kommunen für den Klimaschutz“ der hessischen Landesregierung beigetreten.

Ein gutes Beispiel für die Bemühungen der Stadt ist die nachhaltige und klimaneutrale Ausrichtung des Hessentags

Der kommunale Beitrag zur notwendigen Energiewende ist ein wichtiges Projekt für die neue Oberurseler Koalition.

Leitlinien

- Oberursel wird sich zu einer Stadt entwickeln, in der Klimaschutz, Ressourcenschonung und Energieeffizienz im Alltag und bei allen baulichen Projekten Berücksichtigung finden wird.
- Oberursel hat ein Energiekonzept beschlossen. Dieses Energiekonzept soll weiterentwickelt und optimiert werden.
- Die Stadtverwaltung wird mit gutem Beispiel vorangehen und bei allen städtischen Projekten Energieeffizienz und Ressourcenschonung beachten.

Maßnahmen

- Überarbeitung des Energiekonzepts. Das vorliegende Konzept soll zur Verbesserung energetischer Standards in der Stadt überarbeitet werden.
- Die Stadtwerke GmbH mit ihren Töchtern soll zu einem Vorreiter klimafreundlicher Energieversorgung werden und dies explizit in ihrem Marketing-Konzept darstellen.
- Gemeinsam mit den Stadtwerken ist der Ausbau der regenerativen Energieerzeugung zu fördern. Dabei soll die Stadt von der Wertschöpfung profitieren.
- Die städtischen Satzungen und Bebauungspläne sind dahingehend zu prüfen, ob Vorgaben und Anreize zur Förderung von Energieeffizienz und Ressourcenschonung aufgenommen werden können.
- Städtebauliche Pilotprojekte zum Klimaschutz sind zu prüfen, zum Beispiel die Errichtung von Plus-Energie-Häusern.
- Bei der Sanierung und dem Neubau von Gebäuden, die sich im Eigentum der Stadt bzw. städtischer Gesellschaften befinden, sollen energetische Verbesserungen – soweit möglich der Passivhausstandard – realisiert werden. Ziel muss es sein, dass die Stadt Oberursel mittelfristig nur noch Gebäude nutzt, die eine angemessene Energiebilanz aufweisen.
- Der städtische Strombezug soll ausschließlich aus regenerativen Quellen erfolgen.
- Der städtische Fuhrpark soll auf weniger klimaschädliche Fahrzeuge umgestellt werden.
- Elektromobilität in der Stadt soll gefördert werden. Dazu wird die Einrichtung einer Ökostromtankstelle unterstützt.
- Zur Koordination der notwendigen Maßnahmen wird die städtische Umweltabteilung aufgewertet und effizienter aufgestellt. Dazu kann die Schaffung eines Umweltdezernats beitragen.

- Die städtischen Beratungs- und Unterstützungsangebote zu Energieeffizienz und Ressourcenschutz sind auszuweiten.
- Zur Finanzierung von Energieprojekten sind, soweit möglich, Förderprojekte von EU, Bund oder Land zu nutzen.

Themenbereich Soziales und Kultur

Leitlinien

- Verstärkte Förderung von ehrenamtlichem Engagement, um den vielfältigen Interessen der Menschen vor Ort gerecht zu werden („privat vor öffentlich“).
- Schaffung von Querschnittsaufgaben mit besonderem Gewicht: Barrierefreiheit, Gender Mainstreaming, Auswirkungen des Demographischen Wandels, generationsübergreifende Projekte, Integration, Inklusion, Prävention.
- Größeres Kostenbewusstsein beim Bau neuer Einrichtungen, temporäre Lösungen prüfen.
- Beteiligung der Betroffenen bei Planung und Umsetzung neuer Freizeitflächen wie zum Beispiel bei dem Projekt „Oberursel unter der Lupe“, mit dem Ziel, wohnortnahe Spielplätze und Freizeitflächen für Jugendliche anzubieten (zum Beispiel Skater-Anlage Stierstadt und Bolzplätze).

Politische Grundsätze zur Förderung von Kindern und Jugendlichen

Zentrales Planungsinstrument ist der Kindertagesstätten-Entwicklungsplan, der 2011 neu erarbeitet wird. Hier sind folgende Bereiche neu darzustellen und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Die externen Träger sind einzubeziehen.

- Umsetzungsmöglichkeiten der Rechtsgarantie für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren,
- ausreichende Versorgung mit Kindergartenplätzen in Wohnortnähe,
- Anpassung des pädagogischen Angebots an die Arbeitswirklichkeit der Eltern unter der Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kinder,
- weitere Flexibilisierung der Öffnungszeiten,
- Ausreichende Hortplätze/Nachmittagsbetreuung in allen Stadtteilen, insbesondere in Oberstedten und Bommersheim,
- Prüfung von alternativen Betreuungsformen, zum Beispiel „hortähnliche Einrichtungen“, Verknüpfung von Kindertagesstätten und Tagesmüttern,
- das Erreichen einer größtmöglichen Planungssicherheit der Eltern für die Betreuung ihrer Kinder, unter anderem durch zentrale Anmeldung für Kindertagesstätten, frühzeitigere Information, Transparenz der Vergaberichtlinien,
- Erarbeitung von Lösungen für allgemeine Probleme, zum Beispiel den Mangel an Erzieherinnen und Erziehern, auch im Hinblick auf die Haushaltslage. Ein Runder Tisch zum Thema „ErzieherInnenmangel-Lösungen“ wird befürwortet. Dieser soll bis Herbst 2011 verwirklicht werden.
- Unterstützung von Projekten, die Beratung und Unterstützung der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder zum Ziel haben,
- Erhaltung und Schaffung wohnortnaher Spielplätze in allen Stadtteilen, insbesondere Errichtung eines Spielplatzes in Oberursel-Nord an der Mainstraße bis 2012. Dabei sollen die Ergebnisse von „Oberursel unter der Lupe“ berücksichtigt werden. Gegebenenfalls sind Beteiligungsprojekte ins Auge zu fassen.
- Ausweitung der aufsuchenden Jugendarbeit,

- Überprüfung der bestehenden Einrichtungen der Jugendarbeit in Bezug auf Ziel und Zweck,
- Stärkung des Einflusses auf nicht originär städtische Aufgaben im Bereich Schule, unter anderem der Schulsozialarbeit, Koordinierung von zuständigen Behörden bei Schulabbrechern, Unterstützung von lokalen Initiativen, zum Beispiel der Oberurseler Initiative der Grundschullelternbeiräte „Gewaltfreie Kommunikation in der Erziehung“, Mitarbeit bei Erstellung des Schulentwicklungsplanes,
- Unterstützung der Ansiedlung eines Kinos und einer Diskothek,
- Prüfung einer Reaktivierung des Jugendrings.

Umsetzung des Oberursel-Passes

Ziel ist es, den in Oberursel lebenden Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern. Der Oberursel-Pass kann dies gewährleisten. Dazu muss er wie folgt umgestaltet werden:

- Ausweitung des Personenkreises, der bezugsberechtigt ist,
- Minimierung des Verwaltungsaufwandes,
- Integration von bestehenden Angeboten, unter anderem Förderung von Kursen der Volkshochschule.
- Erweiterung des Leistungsangebotes im Bereich Mobilität, sofern die Haushaltslage dies ermöglicht.

Integrationspolitische Grundsätze

Die Integration stellt ein zentrales Element der Sozialpolitik der Koalition dar. Neben den Beteiligungsmöglichkeiten des gewählten Ausländerbeirats ist die Verabschiedung und Umsetzung des Integrationskonzeptes ein zentraler Bestandteil dieser Politik.

Auflösung der Obdachlosenunterkunft

Die gemeinsame Unterbringung von Obdachlosen und Asylbewerbern stellt ein Konfliktpotential dar, das diese Koalition nicht mehr hinnehmen will. Die Schließung der Obdachlosenunterkunft in der Karl-Hermann-Flach-Straße wird angestrebt. Ein alternatives Unterbringungskonzept, auch unter Beteiligung externer Träger, ist zu erarbeiten und umzusetzen.

Ordnungs- und sicherheitspolitische Grundsätze

Das Bedürfnis der Einwohnerinnen und Einwohner nach Sicherheit und Ordnung nimmt diese Koalition ernst. Neben repressiven Mitteln muss insbesondere die Präventionsarbeit verstärkt werden. Die Einrichtung eines Präventionsrates, die Durchführung von Gewaltpräventionsprojekten, zum Beispiel des Projekts „Gesicht zeigen“, sowie die Prüfung, inwieweit der Freiwillige Polizeidienst zielführend ist, müssen Bestandteil einer neuen Sicherheitspolitik werden.

Stärkung der Stadtteile

Die Koalition unterstützt die Entwicklung von Stadtteilforen, die Organisation und Vernetzung von Initiativen vor Ort zur Aufgabe haben. Dazu wird die Koalition Zielvorgaben erarbeiten. Die Aktivitäten von freien Trägern sind zu unterstützen und zu integrieren.

Gesellschaftliche Teilhabe von Seniorinnen und Senioren

Die Koalition setzt sich wie folgt ein:

- Ständige Überprüfung und Weiterentwicklung der Barrierefreiheit im gesamten Stadtgebiet
- Errichtung von Aktivplätzen/Fitnessplätzen für Senioren, eventuell auch als Mehrgenerationenfreizeitfläche,
- Bedarfsanalyse sowie daraus folgende Schaffung von Tagespflegeplätzen,
- Ermöglichung von selbstbestimmtem Leben im Alter, unter anderem durch Weiterentwicklung des Konzepts der offenen Seniorenarbeit,
- Unterstützung von privaten Initiativen bei allen Formen betreuten Wohnens und bei generationenübergreifenden Wohnprojekten.

Politische Grundsätze für Sport und Naherholung

Ziele der Koalition sind unter anderem:

- Erhalt und Pflege der Sporteinrichtungen, auch die Sanierung unter energetischen Aspekten. Gegebenenfalls ist ein Sportstättenentwicklungsplan aufzulegen.
- Erhalt des Altkönigsportplatzes,
- Stärkung des Naherholungstourismus,
- Erweiterung des Angebots der offenen Sportveranstaltungen, zum Beispiel des Mitternachtssports.

Förderung von Kultur und Vereinen

Vereine und privates Engagement fördern die Kultur in unserer Stadt. Folgende Ziele nimmt sich die Koalition unter anderem vor:

- Aufbau einer Ehrenamtsbörse, als Initiative von Bürgern für Bürger,
- Größere Transparenz beim Kultur- und Sportförderverein (KSFO), Stärkung der parlamentarischen Kontrolle in der Planungsphase sowie bei den Ausgaben,
- Stärkung und Ausbau der Städtepartnerschaften, insbesondere für junge Oberurselerinnen und Oberurseler,
- Überprüfung der freiwilligen Leistungen,
- Stärkung von identitätsstiftenden Veranstaltungen, z. B. des Altstadt-Duathlon.

Umgang mit historischem Gedenken

Die „Gedenkkultur“ ist eine Säule des gesellschaftlichen Lebens in Oberursel. Dazu gehören für die Koalition

- eine Bestands- und Zustandserfassung der städtischen Denkmäler,
- eine zeitgemäße Verwendung und Würdigung,
- ein Erinnerungsort Camp King.

Themenbereich Bürgerbeteiligung

Leitlinien

Wir treten an, um das Verhältnis zwischen städtischer Politik und Bürgerschaft transparenter zu gestalten und die Bürgerbeteiligung zu verbessern. Die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen, die ihr tägliches Leben betreffen, schwächt die städtischen Gremien nicht, sondern stärkt die städtische Gesellschaft.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Verständnis für Entscheidungen und Handlungen der Stadt Oberursel soll verbessert werden. Hierzu werden gemeinsam mit der zuständigen Abteilung der Stadtverwaltung Vorschläge erarbeitet. Auch die öffentliche Darstellung der Kommunalpolitik auf der städtischen Internetseite soll optimiert werden.

Partizipation

Die Beteiligungsvorschriften der Landes- und Bundesgesetze sollen so umgesetzt werden, dass die Bürgerinnen und Bürger so einfach wie möglich ihre Rechte wahrnehmen können. So ist zum Beispiel denkbar, dass Bebauungspläne auch in den Ortsteilen ausgelegt werden.

Im Vorfeld von städtischen Planungen sollen Beteiligungsmodelle wie Workshops oder Mediationsverfahren eingeführt werden, so dass die Interessen eines Großteils der Bevölkerung frühzeitig in Planungsüberlegungen einbezogen werden können.

Bürgerversammlungen

Der Stadtverordnetenvorsteher wird zukünftig mindestens zweimal pro Jahr eine Bürgerversammlung für die Gesamtstadt oder die Stadtteile durchführen, um die Bürgerschaft über wichtige Angelegenheiten der Stadt zu unterrichten. Dies betrifft auch die finanzielle Situation der Stadt.

Bürgerhaushalt

Die Bürgerinnen und Bürger sollen an der Aufstellung der Haushaltspläne beteiligt werden. Dazu sollen die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, konkrete Vorschläge zum städtischen Haushalt zu unterbreiten. Die Vorschläge müssen geprüft und öffentlich diskutiert werden. Hierzu wird ein Verfahrensmodell entwickelt, das den Anforderungen der Stadt Oberursel gerecht wird. Es wird angestrebt, die Bürgerbeteiligung zum Haushalt 2013 erstmals umzusetzen.

Stadtverordnetenversammlung

Es soll geprüft werden, ob und wie die Sitzungsabläufe der Stadtverordnetenversammlung so optimiert werden, dass diese für die Öffentlichkeit wieder interessanter werden, zum Beispiel durch die Einführung einer Aktuellen Stunde oder den Einsatz elektronischer Medien.

Ausschüsse

Im Rahmen der Ausschusssitzungen findet eine Bürgerfragestunde statt, in der die Öffentlichkeit zu den Themen, die in die Zuständigkeit des Ausschusses fallen, Fragen stellen kann.

Ortsbeiräte

Die Rechte der Ortsbeiräte Oberstedten, Stierstadt und Weißkirchen sollen gestärkt werden. Im Rahmen der Möglichkeiten der Hessischen Gemeindeordnung sollen den Ortsbeiräten eigene Entscheidungskompetenzen übertragen werden. Dazu gehört auch die Übertragung eines eigenen Budgets. Dieses soll sich an der Einwohnerzahl der Ortsteile und den übertragenen Aufga-

ben orientieren. Die Übertragung von Aufgaben und Budgets soll spätestens zum 1. Januar 2013 erfolgen.

Für die Bereiche Oberursel-Nord und -Mitte soll die Einführung eigener Ortsbeiräte geprüft werden. Die Bürgerinnen und Bürger sind an dieser Prüfung zu beteiligen.

Die Entscheidung über die Einführung neuer Ortsbeiräte soll spätestens bis Ende 2014 erfolgen.

Es ist zu prüfen, ob der Beirat Bommersheim in einen echten Ortsbeirat entsprechend den Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung umgewandelt werden kann. Der Beirat Bommersheim und die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils sind an der Prüfung zu beteiligen. Die Entscheidung über eine Umwandlung soll spätestens bis Ende 2014 erfolgen.

Jugendparlament

Gemeinsam mit Oberurseler Jugendlichen wird die Einführung eines Jugendparlaments geprüft und ein Modell entwickelt, wie den Interessen der Jugendlichen dauerhaft politisch Gehör verschafft werden kann. Dabei soll auf Erfahrungen aus anderen Kommunen zurückgegriffen werden.

Ausländerbeirat

Zusammen mit dem Ausländerbeirat ist zu prüfen, wie die ausländische Bevölkerung in Oberursel zu Fragen, die sie betrifft, wirkungsvoller beteiligt werden kann. Der Vorsitzende des Ausländerbeirats soll einmal pro Jahr in der Stadtverordnetenversammlung über die Arbeit des Ausländerbeirats berichten.

Themenbereich Finanzen

Die finanziellen Verhältnisse der Stadt Oberursel sind – wie bei vielen anderen Städten in unserer Region – schwierig. So lange es auf Bundesebene keine grundlegende Gemeindefinanzreform gibt und Bund und Land weiterhin die Einnahmen der Kommunen beschneiden sowie die Kommunen mit zusätzlichen Aufgaben und Ausgaben belasten, steht der Oberurseler Haushalt Jahr für Jahr auf der Kippe.

Vor diesem Hintergrund ist die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus ein zentrales Ziel der nächsten Jahre.

Wir sind uns darin bewusst, dass die vor uns liegenden Aufgaben, zum Beispiel zur Umsetzung der Energiewende, mit zusätzlichen Ausgaben verbunden sein werden. Vor dem Hintergrund steigender Energiekosten sowie einer umweltfreundlichen Entwicklung unserer Stadt werden solche Aufgaben jedoch Priorität haben. Nachhaltigkeit ist auch das zentrale Kriterium für die Finanzwirtschaft der Stadt.

Eine solide Haushaltsführung ist notwendig, um als Kommune auch zukünftig handlungsfähig bleiben zu können. Nicht alles was wünschenswert ist, lässt sich finanziell auch umsetzen. Alle Ausgaben sind auf ihre Erforderlichkeit und Nachhaltigkeit hin zu überprüfen. Neben dem Ausgabeerfordernis ist insbesondere auch die Aufgabenerfüllung einer dauernden kritischen Prüfung zu unterziehen. Die gegebenen Möglichkeiten der Einsparung sind in allen Bereichen zu nutzen.

Die vorhandenen Gebäude und Einrichtungen sind durch laufende Pflege, Unterhaltung und energetische Sanierung so instand zu halten, dass sie auch von nachfolgenden Generationen genutzt werden können.

Jede Neuinvestition ist auf ihre Kosten, insbesondere jedoch auch die durch sie ausgelösten Kapitaldienstleistungen und Folgekosten hin zu überprüfen. Die mittel- und langfristigen Folgekosten der zu tätigen Investitionen müssen vorab kalkuliert sein und in den Finanzierungsrahmen des städtischen Ergebnishaushalts passen.

Angesichts veränderter Anforderungen im Zuge des demografischen Wandels ist bei jeder Maßnahme insbesondere auch die Wiederverwendbarkeit unter sich verändernden Rahmenbedingungen ein wichtiges Kriterium.

Auch die Einnahmesituation soll auf den Prüfstand gestellt werden. Aktive Akquisition ist erforderlich, um kulturelle, sportliche und soziale Aktivitäten verstärkt auf Grundlage eines privaten Sponsorings darstellen zu können. Viele Bürgerinnen und Bürger sind bereit, sich mit dem Einsatz von Geld und Vermögen an der Förderung des sozialen und kulturellen Lebens der Stadt zu beteiligen. Dem kann die Schaffung einer neuen Bürgerstiftung oder die Umwandlung der Ursella-Stiftung in eine Bürgerstiftung dienen. Eine Entscheidung darüber sollte bis Ende 2012 getroffen werden.

Um die Steuereinnahmen dauerhaft zu stabilisieren, wird eine aktive Vermarktung der städtischen Gewerbeflächen erfolgen. Ziel ist die Ansiedlung von Unternehmen mit hoher Wertschöpfungsdichte aus zukunftsträchtigen Branchen. Träger der städtischen Wirtschaftsförderung ist die zuständige Abteilung in der Stadtverwaltung.

Investitionen sollen in der Regel aus dem laufenden Haushalt finanziert werden. Der Verkauf von Vermögenswerten, insbesondere städtischer Grundstücke, muss im Einzelfall abgewogen werden, wobei in dieser Abwägung neben den finanziellen Aspekten insbesondere soziale und ökologische Aspekte zu berücksichtigen sind.

Diese Vereinbarung tritt nach Zustimmung durch die jeweiligen Gremien von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und OBG in Kraft.

Oberursel (Taunus), den 2. Mai 2011

Für die SPD

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für die OBG

Dr. Eggert Winter

Christof Fink

Dr. Christoph Müllerleile

Matthias Fuchs

Stephan Schwarz

Robert Rethfeld